

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden
Raben & Com., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Büro: Arnhold, Dresden
und Sachs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Zug der Arbeit“ und „Volk und Seel“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelpreis 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftzeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilleiste 30 Pf., die 90 mm breite Reformazelle 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Sammelanzeigen, Stellen- und Mietgefechte 40 Proz. Rabatt. Für Briefmeilebergung 10 Pf.

Nr. 222

Dresden, Mittwoch den 23. September 1925

36. Jahrg.

Signal zum Rückzug

Kabinettssitz zur Parteifrage am Donnerstag — Deutschnationale Verlegenheitserklärung

Berlin, 23. September. (Eig. Auskunfts.) Amtlich wird gemeldet: „Im Laufe des Dienstags fand eine Reihe von Kabinettsitzungen zur Vorbereitung des heutigen Ministerkabinetts statt, die unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten abfanden. Der Kabinettssitz ist für Donnerstag in Aussicht gestellt. Am Freitag steht die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz eingeladen. Der Außenwirtschafts-Ausschuss wird am Samstag um 10 Uhr zusammentreten.“

In der Reichskanzlei haben am Dienstag abend eingehende Verhandlungen zwischen den politischen Mitgliedern des Kabinetts stattgefunden. Ein endgültiges Ergebnis wurde dabei jedoch nicht erzielt.

Die für Dienstag abend angesetzte zweite Kabinettssitzung zur Fortsetzung des Sicherheitspaares und der Einladung zur Ministerkonferenz war ausgefallen, weil sich die Deutschnationalen auf ihrer Reichskonferenz bis in den späten Abend über ihre Haltung noch nicht schließlich geworden waren. Der deutschnationale Minister des Innern Schröder wohnte den Parteiverhandlungen bei. Er war für amtliche Zwecke „unabkömmlich“. Die Besprechung einer wichtigen außenpolitischen Frage des Reiches war also aus parteipolitischen Gründen verlegt worden.

Über die Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes und der Vorsitzenden der Landesverbände, die gestern stattfand und sich mit dem Sicherheitspaares beschäftigte, wird eine Erklärung veröffentlicht, die vollkommen schriftlos ist. Wie mitgeteilt wird, wurde eine Entschließung genommen, in der festgestellt ist, daß die Anwesenden den Vorschlägen des Parteivorsitzenden und des Ministers beide ihre Zustimmung gaben. Wie diese Politik einzelnen aussehen soll, darüber ist in der Erklärung nichts gesagt. Die Deutschnationalen haben offenbar allen Anlaß, über die Vorgänge in der Vorstandssitzung der Partei zunächst nichts in der Öffentlichkeit verlauten, denn wenn nicht alles täuscht, befindet sich die Deutschnationale Partei mit steigenden Fahnen auf dem Rückzug. Was hat man noch vor kurzer Zeit für rote Töne angeschlagen. Man tat so, als ob man Herrn Stresemann mit seinem Sicherheitspaares mit Haft und Verbannung bedroht habe. Und noch vor wenigen Tagen hat man dagegen nicht verhindern können oder nicht verhindern wollen, daß in Dresden eine Resolution angenommen wurde, die ausnahm, als wenn man Herrn Stresemann von unten erdroschen wollte.

Aber jetzt ist man offenbar schon sehr zähm geworden. Die Deutsche Tageszeitung beschäftigt sich in einem langen Artikel mit der bevorstehenden Konferenz und wirft dabei die Frage auf, ob nur der Außenminister allein entscheiden darf. Auf der einen Seite trauen die Deutschnationalen Herrn Stresemann nicht an, auf der anderen Seite wäre es ihnen doch angenehm, wenn Herr Stresemann endlich ohne Begleitung zu der Konferenz fahren würde. Das ist offenbar der Meinung, daß, wenn auch andere Minister, insbesondere der Reichskanzler, zur Konferenz läuten, die Konferenzbesprechungen schon zu einer zu starren Bindung Deutschlands führen würden.

„Es sollte nicht vergessen werden“, so schreibt die Deutsche Tageszeitung, „daß es im deutschen Interesse liegt, die Position Deutschlands gegenüber den Vertragsgegnern so faßlich und widerstandsfähig wie nur möglich auszubauen.“

Worüber düstert sich die Deutschnationalen darüber klar, daß auch, wenn Herr Stresemann allein an der Konferenz teilnimmt, an den Dingen nochträglich nicht mehr viel zu ändern sein wird, aber für die Deutschnationalen kommt es jetzt darauf an, Zeit zu gewinnen. Einmal, wie sie ihn jetzt vollziehen müssen, wird ja um so schneller, je plötzlicher er vollzogen werden muß. Zeit genommen, heißt hier viel gewonnen.

Die Deutsche Tageszeitung bemüht sich dann, in ihrem Artikel ihren Leuten klarzumachen, daß die Parteikonferenz unbedingt von Deutschland besucht werden müsse. Sie führt aus, daß die politische Lage Deutschlands nicht gebelebt würde, wenn man die Einstellung zur Außenministerkonferenz eine triftige Begründung ablebe, oder die Antwort mit ganz neuen Forderungen und Vorbehalten, die offenkundig über der deutlichen Note vom 20. Juli hinausgingen, befolgen würde. Die Verantwortung hierfür und für ein auf solche Art verurteiltes Scheitern der Parteiverhandlungen, liegt von der deutlichen Rechten nicht getragen werden. Es ist aber von der größten Bedeutung, daß die Vorwürfungen der deutlichen Note vom 20. Juli, die damals von einer großen Mehrheit des Reichstages gebilligt wurden, sei und damit für deutliche Unterhändler eine starke Rücksichtnahme bildete, die allen Organisationen der öffentlichen Meinung in Deutschland mit großem Respekt aufrecht erhalten und unterhalten werden. Das Blatt wendet sich dann gegen die einzelnen Zeitung, die die gemeinsame Front durch die neuen Verhandlungen idiosynkratische, eine Bemerkung, die offenbar auch an die Tatsache, der sächsische Deutschnationale zu gehen ist. Dann kommt noch eine Bemerkung, gegen die Pläne, die den Antheim erwacht, als braude man die beiden Vorbehalte nicht allzu ernst zu nehmen. Aber dieser Spur folgt nur den Zweck, bei den eigenen Leuten den Abstand aufzuhören, den dieser Rückzugskrieg auf sie aus-

hat. Verhalten der Deutschnationalen bestätigt, was ja von vornherein so wahrscheinlich war: daß die Deutschnationalen trotz allem Vorrang das Vortreppenamt ebenso mitnehmen werden, wie sie dem Davies-Gesetz zu Annahme verholfen haben. Einmal haben sie Angst davor, die Verantwortung für das Scheitern des Paktes und die daraus sich ergebenden Folgen zu tragen und außerdem sind doch Ministerstellen eine so schöne Sache. Für die von der Deutschnationalen Partei vertretenen Kreise, die früher die Herren Deutschlands waren, war es ja bitter genug, daß sie nach der Revolution so lange vom Regieren ausgeschlossen waren. Jetzt sind sie endlich an der Kette und da sollen sie die Regierung ausüben lassen, weil sie sich mit dem, was sie früher gesagt und geschrieben haben, jetzt in Widerspruch setzen müssen! So genau nehmen es die Deutschnationalen Herrschaften nicht. Sie reden mit dem schlechten Gedanken der Wähler. Wenn sie sich dabei nicht täuschen!

Die besorgte Deutsche Zeitung

Berlin, 23. September. (Eig. Auskunft.) Die Deutsche Zeitung, das Organ des rechten Flügels der Deutschnationalen, sieht die Situation nicht erfreut zu haben. Das Blatt schreibt: „Die in der Entschließung gehäufteten, sagen wir: genitivum-mäßige Zurückhaltung wird die Zeile der deutschnationalen Wählerschaft im Lande enttäuschen, die von der Tagung des Landesverbandsvorstandes eine entschlossene Stellungnahme zu den gegenwärtig die Politik beherrschenden Fragen, also gegen den Sicherheitspakt und gegen die Sicherheitskonferenz, erwartet haben. Wenn man auch dem Grundsatz, von dem sich Graf Westarp als jüngerer Vorsitzender der Reichslogistikfraktion in Rücksichtnahme an die Politik der Hoffnungssitzung vom 20. August 1924 leiten ließ, durchaus zustimmen muß und wird, daß nicht tönende deutschnationale Erklärungen notwendig sind, sondern die Erreichung der von den Deutschnationalen problematisierten Ziele, so erfüllt sich doch anderseits gerade aus dem verbündnisvollen 20. August die Befürchtung der Wähler, daß sich jene Vorgänge wiederholen könnten, und die Erwartung, beruhigt zu werden.“

Anscheinend, meint das Blatt weiter, ist man in deutschnationalen Kreisen bereit, die Zustimmung zu dem Gang nach Luzern zu geben, allerdings in der Hoffnung, daß dort nur eine Ministerbesprechung zur Vorbereitung der eigentlichen Parteikonferenz handelt.

Der Gang nach Luzern — auch wenn sich die Hoffnung der Deutschnationalen erfüllt und die Unterscheidung richtig (unwesentlich) ist, da dort nur eine Ministerbesprechung zur Vorbereitung der Parteikonferenz, nicht aber die Parteikonferenz selbst stattfindet — würde nach unserer Auffassung den ersten, und zwar im höchsten Maße entscheidungsvollen, vielleicht nie wieder gutzumachenden

Schritt des Abweichens von dem Wege bedeuten, den die Deutschnationalen Volkspartei bisher zu gehen entschlossen schien — und der allein „die zur Erreichung des Ziels führende Politik“ darstellt, welches hoffentlich das Ziel der Deutschnationalen heute noch genau so ist wie früher.

Ein Verlegenheitsprodukt

Mit vielen Worten gar nichts

Zu der Entschließung der Deutschnationalen schreibt die Germania: „Die Verfasser dieser Erklärung verdienen einen Preis für die Aufgabe, mit vielen Worten gar nichts zu sagen. Nach der Lektüre dieser Erklärung ist man so schlau wie vorher. Sie ist ein Verlegenheitsprodukt, das einerseits die wilden Männer im Lande bestreiten und anderseits über der Teilnahme Deutschlands an der Sicherheitskonferenz kein Hindernis in den Weg legen soll. Trotz aller großen Worte werden sich die Deutschnationalen ohne Zweifel mit der bedingungslosen Annahme der Einladung einverstanden erklären.“

Der Protestregen

Das Präsidium der sogenannten „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ hat am Dienstag wieder einmal eine Entschließung veröffentlicht, die als ein Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zu betrachten ist. In ihr heißt es u. a. in bezug auf die Verhandlung über den Sicherheitspakt:

„Wir wollen nicht Verräter werden an unsern ersten Brüdern und nicht Verräter an uns selber. Wir wollen nicht ein friviles Versailles.“

Lehrliche Entschließungen soll es täglich zu Dutzenden um das Haus des Reichspräsidenten regnen. Wir sind trocken überzeugt, daß unter seinem Vorsitz der „verhängnisvolle“ Beschluß zur Beteiligung an der Parteikonferenz gefällt wird. Wer aber ist dann der „Verräter“?

Die Konferenz verschoben?

Die erste Folge der deutschnationalen Treibereien

T. Genf, 22. September. (Eig. Drucks.) Im Börsenblatt verlautet, daß die Konferenz der Außenminister nicht am 5. Oktober stattfinden soll, wie ursprünglich vorgesehen war, sondern auf Ende Oktober verschoben wird. Man erklärt diese Verzögerung mit den innerpolitischen Schwierigkeiten Stresemanns, der seit gewinnen müsse, um die öffentliche Meinung vorzubereiten und sich mit den Deutschnationalen über das Konferenzprogramm zu verständigen. Von englischer Seite wird erklärt, daß die bisher lautgewordenen deutschnationalen Mindestforderungen für die Ministerkonferenz als unannehmbar anzusehen wären. Wenn Stresemann diese deutschnationalen Forderungen zur Grundlage seines Verhandlungsprogramms machen will, wäre die Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit einer Verzögerung der Konferenz, wie sie von Schweizer Blättern bereits angekündigt wird, rechnet man jedoch nicht, da eine Sabotage der von Deutschland angeregten Verhandlungen die deutsche Regierung selbst vor aller Welt ins Unrecht setzt.

Faschismus und katholische Kirche

Von unserem römischen Mitarbeiter

Rom, Mitte September 1925

Das Verhältnis des Faschismus zur katholischen Kirche ist in vieler Hinsicht interessant: wie stellten sie sich zueinander, die jüngste reaktionäre Bewegung, die noch keine Tradition hat, keinen Stil, keine Bildung und Lebensart, und die älteste konserne Organisation, die durch Jahrhunderte lange diplomatische Erfahrung alle Künste der Weltklugheit gelehrte, die größte Schniegansamkeit in der Wahl und Anwendung der Mittel vereint mit größter Unbegrenztheit in der Vertretung ihrer Zwecke?

Vom rein ästhetischen Standpunkt aus hat der Faschismus bei seinen ersten Werbeversuchen beim Papst ziemlich kläglich abgeschlagen: er umwirbt und bettelte, während der Papst würdevoll die Huldigungen entgegennahm, ohne sich etwas zu vergeben. Die Willigkeit des Papstes, bei jeder Gelegenheit die faschistischen Feiern durch eine feierliche Dekoration zu haben, wurde durch ein trostloses Verbot des Papstes lahmgelöst. Von Anfang an legte der Papst Wert darauf, nicht als Gleichgestellter mit dem Faschismus zu unterhandeln.

Die Würde, die der Unwürdige behauptete, fehlte ebenfalls dem Faschismus vollkommen. Mussolini führte Kardinalsposten, ja, er führte sogar den Jahn der heiligen Rose in Palermo, was dem bösen „Becco giallo“ tiefste Verachtung über die einen Verzweiflung des Beifangs und Rauens dargebrachte Huldigung abnötigte. Die Fahnen der Schwarzhelm waren ohne Weihwasser nicht feierlichstiftig, jeder Faschistenführer strokte von Bibelworten und Papsttiteln — bei den letzten Karnevals in der Provinz Novara tief der Faschist Volfo den Schwarzhelm die Worte des Jesuitenmeisters Arnoldi bei dem großen Albigensermord zu: „Schlagt sie alle tot, der Herr erkennt die Seinen“.

Interessanter als der äußere Hieflanz ist aber das Wesen des Verhältnisses. Der Faschismus, der ursprünglich ganz irreligiös war, so sofort die Verantwortung der Kirche für seine Zwecke ein. Noch hatte sich seit es ein geehrtes Italien gab, keine italienische Regierung auf den Papst stützen können. Durch eine kirchenfreundliche Taktik hoffte Mussolini nicht nur einen neuen Freund zu gewinnen, sondern auch einen sehr ernst zu nehmenden Gegner loszu-

werden, die katholische Volkspartei. Durch Zugeständnisse an den Papst mußte er diese Partei entweder gewinnen oder ihr das Wasser abgraben.

Offenbar ist ihm das eine wie das andre gelungen. Weil ihrer Stellungnahme zum Faschismus hat sich die katholische Volkspartei gespalten, oder, richtiger gesagt, ihr rechter Flügel ist abgesplittet, um sich in den Dienst des herrschenden Regimes zu stellen, während die große Masse sich unter dem Namen zu einer der bestgeheckten Oppositionsparteien zusammenschloß. Durch Ministerstreit schläuer Gehinnungslosigkeit hat dann der Faschismus eine Kluft zwischen Volkspartei und Papst abgegraben. Auf Befehl des Papstes hat diese Partei auf ihren geschicktesten Führer, Don Sturzo, verzichten müssen. Heute ist die scharf antifaschistische Haltung der Volkspartei ein Gegenstand politischer Missbilligung, ohne daß sich aber der Papst bisher entschieden hätte, sich offen auf die Seite der faschistischen Kleriken, der sog. „Blanckeneder“, zu stellen.

In dem päpstlichen Verlag Desclé u. Co. in Rom veröffentlicht jetzt ein Monologeum Faloci Bulignani eine Broschüre über Religion und Faschismus. „Kann man offenbar Katholik sein?“ fragt er sich — „und dem Werk Mussolinis zuzutreffen und huldigen?“ Natürlich bejaht er die Frage. Er muß das sehr laut und wuchtig tun, damit die möglichen Einwände von verbrannten Vereinslokalen der Katholiken, von mißhandelten Gläubigen, von ermordeten Priestern nicht gehört werden. Zur Verschärfung solcher Erinnerungen sagt er gleich einleidend: „Nehmt doch das Gute, wo es ist, von dem, der's euch gibt und nimmt euch nicht um das Übrige“. Weiter heißt es: „Die Katholiken müssen alle rechtsschaffnen und geleglichen Mittel gebrauchen, die zum Triumph ihrer Ideen dienen. Heute ist eines der vorzüglichsten Mittel, nämlich dem Gebet, dem Faschismus gegen die Angriffe seiner Feinde zu begegnen, die ihn niederrücken und die so unbewußt die schlechtesten Elemente der antireligiösen und antisozialen Politik des Kommunismus fördern.“

Um wie wissen, daß „nächst dem Gebet“ die Faschismusfreundlichkeit Christenpflicht ist, erfahren wir auch die Urteile.